

Inklusion – die Frage ist nicht ob, sondern wie

Die angekündigte Auflösung der Sonderschulen bis 2020 ist ein richtiger Schritt. Alle Schüler – behinderte wie nichtbehinderte – profitieren davon, wenn der Plan vernünftig und mit ausreichenden Finanzmitteln umgesetzt wird.

Franz-Joseph Huainigg

Vor über 30 Jahren fasste der Sonderschuldirektor Norbert Syrow aus Reutte in Tirol einen mutigen Entschluss: Er schaffte seine eigene Schule ab. Er war der Überzeugung, dass die Aussonderung der falsche Weg sei. Behinderte und nichtbehinderte Kinder sollen gemeinsam lernen und leben, denn nur im Miteinander können Vorurteile abgebaut werden oder erst gar nicht entstehen. Die Schule sei der Schlüssel zu einem normalisierten Umgang miteinander. Der schrittweise Übergang von einem System der ausschließlichen Beschulung in der Sonderschule zu einem System der vollständigen wohnortnahen Integration dauerte in Reutte zwölf Jahre lang. Aber es zeigte sich, dass jedes Kind mit einer Behinderung in die Regelschule integriert werden konnte – wenn die Rahmenbedingungen



Franz-Joseph Huainigg: Sonderschulen tun nicht gut.

Foto: APA

stimmten. Von individuellen Lehrplänen, offenem Unterricht, geringeren Schülerzahlen und zwei Pädagogen pro Klasse, wie sie die Rahmenbedingungen in Integrationsklassen sind, profitiert jedes Kind.

Mit einem Sonderschulabschluss werden einem Jugendlichen viele Perspektiven genommen. Laut einer Schweizer Studie hat selbst drei Jahre nach Beendigung der Schulzeit rund ein Viertel der Betroffenen noch keinen beruflichen Zugang gefunden. Für junge Erwachsene mit vergleichbarer Schwäche, aber ohne Sonderschulvergangenheit ist diese Problematik etwa viermal geringer. Häufig brechen sie Berufseinstiege wieder ab. Das sind allesamt Indikatoren für eine wenig erfolgreiche gesellschaftliche Eingliederung. Daher begrüße ich das Vorhaben von Bildungsministerin Sonja Hammer Schmid, bis zum Jahr 2020 das Modell der Sonderschule auslaufen

zu lassen und damit jedem behinderten Kind die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Denn Inklusion ist ein Menschenrecht. So sieht es auch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Zu diskutieren ist daher nicht, ob Inklusion, sondern wie sie sinnvoll und gut umgesetzt werden kann.

Pflichtschullehrer-Gewerkschafter Paul Kimberger ist nicht grundsätzlich gegen schulische Inklusion, vermisst aber die passenden Rahmenbedingungen an den Schulen. Aufgrund mangelnder Ressourcen ortet er viele Ängste und Befürchtungen seitens Pädagogen und Eltern (DER STANDARD vom 23. 1. 17). Es ist richtig, Inklusion ist kein Sparmodell! Derzeit läuft vieles falsch. Unter dem Vorwand der schulischen Inklusion werden an so mancher Volksschule keine Integrationsklassen mehr weitergeführt. Die in Integrationsklassen zusätzlich eingesetzten Sonderschulpädagogen sind dann nicht mehr den ganzen Schultag in einer Klasse, sondern springen stundenweise von Klasse zu Klasse. Mit dieser Reduzierung wird die individuelle Betreuung und Unterstützung von so manchem behinderten Kind allerdings nicht mehr möglich sein, die Belastung der Klassenlehrer steigt enorm.

Nicht der beste Weg

Beide Systeme parallel zu bewahren – Inklusion und Sonderschule – ist der teuerste, aber bei weitem nicht der beste Weg für die betroffenen Kinder und auch nicht für die Gesamtgesellschaft. Die Wahlfreiheit für Eltern, ob ihr behindertes Kind in eine Sonderschule oder in eine Integrationsklasse geht, gibt es seit 1993. Aber ist das eine echte Wahlfreiheit, wie sie Familienministerin Sophie Karmasin hochhält? Die Sonderschulen bieten meist Therapien und Nachmittagsbetreuung an, die Regelschulen oft nicht. Auch die pädagogischen Ressourcen sind ungleich verteilt. Bei gleicher pädagogischer und therapeutischer Begleitung würden sich wohl die meisten Eltern behinderter Kinder für den gemeinsamen Unterricht entscheiden.

Wo sollen die Ressourcen für die schulische Inklusion nun herkommen? Durch Umverteilung. Lässt man das Modell der Sonderschule auslaufen, kann man diese frei gewordenen Ressourcen sukzessive der Inklusion an Regelschulen übertragen. Die Sonderschulpädagogen müssen sich nicht um ihre Anstellungen sorgen – ganz im Gegenteil: Sie werden mehr denn je in inklusiven Regelschulen gebraucht werden.

Ein Umsetzungsplan muss folgende Schritte beinhalten:

■ Ein klares und verlässliches Signal der Bundesregierung, dass es langsam, aber entschieden in

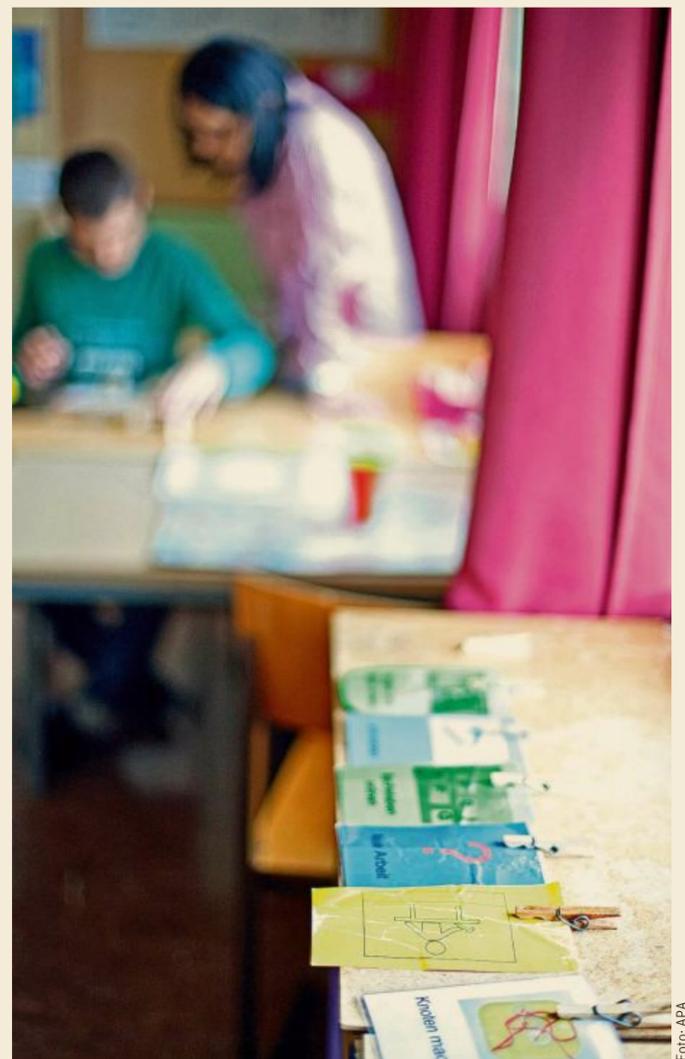


Foto: APA

Es braucht ausreichend Personal in den Schulen, um eine echte und individuelle Inklusion zustande zu bringen.

Richtung Inklusion geht – nicht mehr ob, sondern wie!

■ Die Elternberatung sollte, wie in der Modellregion Tirol, von unabhängigen Stellen und nicht mehr, wie bisher, von Sonderpädagogischen Zentren (SPZ) durchgeführt werden.

■ Jedes behinderte Kind, das neu eingeschult wird, sollte in die Regelschule gehen.

■ Aufnahmestopp an der Allgemeinen Sonderschule (ASO), wo in der Überzahl sogenannte verhaltensauffällige Kinder landen.

■ In Sonderschulen sind mit 33,2 Prozent überproportional viele Kinder mit Migrationshintergrund. Hier braucht es Sprachförderung statt sonderpädagogischer Förderung, die im Regelschulsystem erfolgen soll.

■ Wie in Südtirol braucht es zur Entlastung der Klassenlehrer Schulasistenten, die je nach Bedarf jedem Kind zugeteilt werden können und auch Pfllegetätigkeiten durchführen dürfen.

■ Die Rahmenbedingungen an den Regelschulen müssen, wie in der Modellregion Kärnten, durch eine Barrierefreiheit der Gebäude, die Öffnung des Nachmittagsunterrichts für behinderte Kinder und

auch durch externe Therapieangebote adaptiert werden.

■ Inklusion beginnt nicht in der Schule, sondern im Kindergarten. Das verpflichtende erste und zweite Kindergartenjahr muss daher auch für behinderte Kinder gelten.

Inklusion nützt allen! Nicht nur den Kindern mit Behinderung, sondern vor allem auch den nichtbehinderten und genauso den hochbegabten Kindern. Individualisierter Unterricht mit besserer Rahmenbedingungen geht auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Kindes ein. Zudem fördert der gemeinsame Unterricht den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sonderschulen vermögen behinderte Kinder genauso wenig vor Mobbing zu schützen, wie Karmasin das vermutet. Gut durchdachte und gut gemachte Integration verhindert Vorurteile oder baut sie ab. Die Käseglocke ist kein pädagogisches Zukunftsmodell.

FRANZ-JOSEPH HUAINIGG (Jahrgang 1966) ist promovierter Germanist und Abgeordneter der ÖVP zum Nationalrat. Er ist Behindertensprecher seiner Partei. Im ersten Lebensjahr erlitt er durch eine Impfung schwere Behinderungen und ist seitdem auf den Rollstuhl angewiesen.

GÜNTER TRAXLER

Bauchgefühle



Der bisher über die Grenzen seines Bundeslandes kaum bekannte Chef der Kärntner Volkspartei hat diese Woche kurzfristig

ationale Berühmtheit erlangt, als er die Distanzierung von einem Satz, den er selbst geprägt hat, mit dem schlagenden Argument des Bauchgefühls begründete. Zu Unrecht zog er sich damit den Ruf eines Sonderlings zu, ist er doch nur bisher der einzige Politiker, der offen zugibt, sein persönliches Bauchgefühl als Mittel politischer Erkenntnis einzusetzen, während sich so gut wie alle anderen auf den Willen des Volkes berufen. Diese Berufung krankt – mit bekannten Folgen – an der zunehmenden Unerforschlichkeit besagten Willens beziehungsweise an der mangelnden Bereitschaft des Volkes ihn so konkret zu artikulieren, dass sich daraus bequem regierungsfähige Mehrheiten destillieren ließen.

Mit der Berufung auf sein Bauchgefühl steht er auf dem festen Boden der gegenwärtigen Realität, in der man sich auf dem Gipfel der Volksnähe wähnt, wenn sich die politische Denkleistung aus den Gehirnwindungen in die Darmschlingen verlagert. Das dabei auftretende Bauchgefühl entäußert sich naturgemäß als Blähung, die in der Politikwissenschaft als Flatus popularis diagnostiziert wird. Dessen lokale Variante als F. carantanus wählte man hoffnungsfroh als im Verwehen begriffen, und dabei sollte es trotz der Windmacherie des Herrn Benger auch bleiben. Was aber nicht sein Verdienst schmälert, den Wert des Bauchgefühls in Erinnerung gerufen zu haben.

So erleben wir es, dass ein Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten im Bauchgefühl, dieses schon innezuhaben und berauscht von den entsprechenden Blähungen, seine Niederlage nun als Parteauftrag interpretiert, als Bundespräsident der Herzen auf Österreich aufpassen zu müssen. Und er tut fest entschlossen, in diesem aufgeblähten Zustand die nächsten sechs Jahre abzubiegen.

Wenn Staatsverweigerer aus der Bevölkerung sich von ihrem Bauchgefühl leiten lassen, ist das weniger überraschend, als wenn ein Verfassungsverweigerer in der Regierung sein Bauchgefühl über das Demonstrationsrecht stellt, und bedeute das auch einen Rückfall ins 19. Jahrhundert. Wer Unterricht in angewandter Politologie bei Erwin Pröll genossen hat, kann am Absolutismus nichts Böses finden. Der empfindet sein Bauchgefühl höchstens als komprimiertes Nationalgefühl und versteht gar nicht, was man gegen eine Anpassung demokratischer Grundrechte an die Interessen des Handels haben könnte.

Wenn der Verteidigungsminister bauchgefühlsmäßig mitzuhalten versucht, kommt er nicht einmal entfernt an den Außenminister heran, der einem strahlenden Meteor auf dem Himmel der Volkspartei gleicht, ohne vor kritischen Geruchsnerven verbergen zu können, dass auch er nur von Meteorismus angetrieben wird. Angesichts solcher Beispiele ist es nicht verwunderlich, dass Politikern immer wieder empfohlen wird, doch mehr aus den Bäuchen heraus zu agieren, und es beweist das Beispiel einer Partei, dass Blähungen auf Wählerinnen und Wähler auch anziehend wirken können. Da möchte man doch zu gern profitieren.

Straches bester Mann

Betrifft: „Partei des Verbietsens“ von Hans Rauscher

DER STANDARD, 9. 2. 2017

Sobotka ist Straches bester Mann in der Regierung. Seine Handlungen und Vorschläge schaffen Unsicherheit und verbreiten Angst und treiben so die Menschen Strache in die Arme. Bundeskanzler Kern ist gefordert. *Hugo Brainin per Mail*

Besondere Atmosphäre

Betrifft: „Heumarkt-Turm für Kunsthistoriker ein „Sündenfall“ von David Krutzler

DER STANDARD, 3. 2. 2017

Meine stille Wut lässt mir keine Ruhe. Da gibt es auf der einen Seite selbstherrliche Politiker im Zu-

LESERSTIMMEN

sammenwirken mit „Immobilienentwicklern“, auf der anderen Bürger, die hin- und hergerissen sind zwischen Resignation und dem Impuls, diese zu überwinden. Es geht dabei um Demokratie und Mitbestimmung.

Die katastrophalen Auswirkungen des Hochhausprojekts am Heumarkt auf das Stadtbild im Zentrum Wiens sind evident. Trotzdem geschieht nichts, um das Verhängnis zu stoppen.

Das eben höchst erfolgreiche Ceta/TTIP-Volksbegehren hat mit geringem Werbeaufwand bewiesen, dass Bürger sehr wohl gefragt werden wollen zu Themen, die ihre vitalen Interessen betreffen.

Ich glaube, Themen wie Verlust des Unesco-Weltkulturerbets durch irreversible Bausünden im

Zentrum Wiens durch selbstherrliches Hinwegsetzen über alle Einwände, von kompetenten Stellen klar zum Ausdruck gebracht, gehören dazu.

Ob Wien eine Stadt bleibt, die mit ihrer ganz besonderen Atmosphäre Besucher begeistert und die Wiener selbst in gewisser Weise „stolz“ macht, wird genau dadurch entschieden werden, ob Geschäftsinteressen oder die Vernunft entscheiden werden. Jedenfalls sollten wir vorher unbedingt befragt werden. Denn nur dann wird sich wieder das beruhigende Gefühl einstellen können, dass wir doch in einer Demokratie leben. Und das ist in „Zeiten wie diesen“ wichtiger denn je!
*Peter Vilnai
1130 Wien*